



Consultingpartner  
GmbH

Berlin Frankfurt Stuttgart

**Expertenumfrage:  
Auswirkungen der europäischen Finanz- und  
Wirtschaftskrise auf den Restrukturierungsmarkt**

**Summary**

**Berlin, im Februar 2015**

## Organisation und Ablauf

Die internetbasierte Expertenumfrage erfolgte in der Zusammenarbeit der Unternehmen der ERS European Restructuring Solutions ([www.eurorestructuring.eu](http://www.eurorestructuring.eu)) unter der Federführung von CIC Consultingpartner. Die Umfrage fand vom 03.11.2014 bis 24.11.2014 in den Ländern Deutschland, Großbritannien und Spanien mit dem Systemanbieter 2ask statt. Die Rücksendung und Auswertung der Fragebogen erfolgten anonym.

Bei der befragten Zielgruppe handelte es sich um Sanierungsexperten europäischer Banken, um Private Equity Gesellschaften sowie Führungskräfte aus der Industrie.

Zum Abschluss der Befragung lagen 15% von 1017 Aussendungen als vollständig beantwortete und als auswertbare Fragebogen vor. Die Rücklaufquoten waren über alle Länder gleichverteilt, so dass ein aussagekräftiger Ländervergleich gegeben ist. Etwa zwei Drittel der Rückläufer gingen in den ersten zwei Wochen ein.

Nahezu alle Teilnehmer ergänzten, wo möglich, ihre Antworten durch individuelle Angaben.

## Zusammenfassung der Ergebnisse (1/4)

- Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise wurde nach Einschätzung aller Teilnehmer vorwiegend durch die Staatsverschuldung, die unzureichende Bankenregulierung und der globalen Immobilienkrise (Subprime Krise) aus 2008 verantwortet. Während in Deutschland die Staatsverschuldung mit nahezu 50% als die wesentliche Ursache angesehen wird, bewerten Großbritannien und Spanien die fehlende Bankenregulierung als wichtigste Krisenursache.
- Alle Länder geben mit über 2/3 Mehrheit an, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise in Ihrem Land nicht überwunden und nach wie vor akut ist.
- Der Euro hat einen wesentlichen Einfluss auf die Krise. Während Deutschland und Spanien der Meinung ist, dass der Euro stabilisierend auf die Krise wirkt, schätzt Großbritannien mit 2/3 Mehrheit den Euro als krisenverstärkend ein.
- Alle Länder bestätigen mit absoluter Mehrheit, dass unzureichend strukturelle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in Ihren Ländern umgesetzt wurden (Deutschland 51%, Großbritannien 67%, Spanien 83%). Als wichtigste Maßnahmen wurden in allen Ländern die Reduzierung der Staatsausgaben, eine strengere Bankenregulierung und Investitionsprogramme genannt. In Großbritannien wird zusätzlich das „Quantitative Easing“ also das Ankaufen von Staatsanleihen, als wirksame Maßnahme bewertet.
- Auch Maßnahmen zur Reduzierung der Staatsverschuldung wurden in allen Ländern mit großer Mehrheit als unzureichend eingeschätzt (Deutschland 56%, Großbritannien 71%, Spanien 92%).

## Zusammenfassung der Ergebnisse (2/4)

- Die Regulierung des Finanzmarktes, als Folge der Subprime Krise in 2008, wird von den Ländern unterschiedlich beurteilt. Während die Mehrheit in Großbritannien und Spanien, der Meinung ist, der Finanzmarkt ist unzureichend reguliert, ist in Deutschland die Mehrheit mit 37% der Meinung, er ist überreguliert. Als wesentliche Konsequenz der Bankenregulierung sehen Deutschland und Großbritannien, dass Banken mehr Eigenkapital ausweisen müssen. In Spanien wird als wesentliche Konsequenz der Anstieg alternativer Finanzierungen gesehen. Alle Länder sehen die Trennung in „Good / Bad Banks“ und der Verkauf von notleidenden Krediten als wichtiges Ergebnis der Regulierung.
- Als Folge der Krise hat sich die Bankenlandschaft in den jeweiligen Ländern verändert. Während in Großbritannien und Deutschland sich die Anzahl an ausländischen Banken reduziert hat, hat in Spanien vorwiegend die Anzahl an nationalen Banken abgenommen.
- Alle Teilnehmer bewerten mit über 2/3 Mehrheit den Bankenstresstest als ineffektive Maßnahme zur Vermeidung zukünftiger Banken Krisen.
- Die Maßnahmen der EZB zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise wird mit über 2/3 Mehrheit als unzureichend gesehen. Während Deutschland die Niedrigzinspolitik mit 43% der Stimmen nicht als wirtschaftsbeeinflussend sieht, bewertet Großbritannien und Spanien die Niedrigzinspolitik positiv zur Wirtschaftsförderung. Alle Länder sind mit großer Mehrheit der Meinung, dass die Niedrigzinspolitik weiter anhält. Eine Änderung der Politik würde nach Meinung der deutschen Teilnehmer, nur zu geringen Konsequenzen für Unternehmen führen. Spanien und Großbritannien sehen hingegen tiefgreifende Konsequenzen für die Unternehmen in ihrem Land.

## Zusammenfassung der Ergebnisse (3/4)

- Der geplante Kauf von Junk Bonds durch die EZB wird mit absoluter Mehrheit in Deutschland und Großbritannien abgelehnt während in Spanien über 70% der Teilnehmer den Aufkauf von Junk Bonds als sinnvoll erachten.
- Alle Länder sehen Investitionsprogramme, Reduzierung der Staatsverschuldung, Senkung von Abgaben und Steuern und eine arbeitgeberfreundlichere Arbeit- und Sozialgesetzgebung als wichtigste Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft.
- Bei der Frage, was Unternehmen in ihrem Land am stärksten negativ beeinflusst, werden unterschiedliche Prioritäten genannt. Deutschland sieht die gesetzliche und staatliche Regulierungen wie z.B. im Bereich der Energieversorgung, als wesentliche Beeinflussung gefolgt von der Abgaben- und Steuerregelung und der Arbeit- und Sozialgesetzgebung. Großbritannien sieht zusätzlich die Kreditklemme als wesentlichen Faktor wobei in Spanien Bürokratie und Korruption einen wesentlichen negativen Effekt darstellt.
- Auch das Investitionsverhalten der Länder stellt sich unterschiedlich dar. Während in Deutschland im Inland eher konstante bis rückgängige Investitionen erwartet werden, und Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland als konstant bzw. zunehmend bewertet werden, werden in Großbritannien und Spanien eher Investitionen im Ausland gesehen.
- Sowohl in Deutschland als auch Großbritannien konzentrieren sich die Investitionen in bestehendes Geschäft während in Spanien eindeutig Investitionen in die Konsolidierung der Unternehmen gesehen werden. In keinem Land werden Investitionen für neue Geschäftsmodelle erwartet.

## Zusammenfassung der Ergebnisse (4/4)

- Über 70% der Teilnehmer in Deutschland denken, dass sich das Eigenkapital deutscher Unternehmen seit der Krise 2008 erhöht hat. Ein ähnliches Bild ergibt sich in Großbritannien. Hier bewerten nahezu die Hälfte der Teilnehmer ebenfalls ein gestärktes Eigenkapital britischer Unternehmen. Spanien hingegen sieht mit über 60% eine Verschlechterung des Eigenkapitals ihrer Unternehmen.
- Die Frage nach der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes wird, in Deutschland mit über 50% als stagnierend bewertet. Großbritannien und Spanien sehen mehrheitlich eine wirtschaftliche Erholung.
- Auch die Entwicklung in den jeweiligen Restrukturierungsmärkten wird unterschiedlich gesehen. Die Mehrheit in Deutschland erwartet einen Rückgang der Restrukturierungsfälle während Großbritannien und Spanien einen Anstieg erwartet. Allerdings sind alle Länder der Meinung, dass bei Erhöhung des Zinsniveaus durch die EZB, die Anzahl an Restrukturierungsfällen zunimmt. Bankenstresstests und Basel III haben nach Meinung aller, geringfügige oder verstärkte Auswirkungen auf den Restrukturierungsbedarf. Der Verkauf notleidender Kredite der Banken führt nach Meinung der deutschen Teilnehmer zu keinen oder nur geringfügigen Auswirkungen auf den Restrukturierungsmarkt. Großbritannien und Spanien hingegen sehen durch diese Maßnahme einen Anstieg von Restrukturierungsfällen in Ihrem Land. Die Anzahl der Insolvenzen wird nach Aussage der Teilnehmer in Deutschland steigen. In Spanien und Großbritannien wird erwartet, dass die Anzahl der Insolvenzen zurückgeht.

## Kontakt

**CIC** Consultingpartner  
GmbH

### Norbert Strecker

Mobil +49 (0) 152 54066 131  
Email [n.strecker@cicpartner.de](mailto:n.strecker@cicpartner.de)

### Michael Schmitt

Mobil +49 (0) 152 54066 090  
Email [m.schmitt@cicpartner.de](mailto:m.schmitt@cicpartner.de)

### Büro Berlin, Friedrichstraße 88

10117 Berlin  
T +49 (0) 30 408 173 425  
F +49 32 121 478 938

### Büro Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 17-19

60325 Frankfurt am Main  
T +49 (0) 69 710455 454  
F +49 32 121 478 938

### Büro Stuttgart, Königstraße 26

70173 Stuttgart  
T +49 (0) 711 18567 334  
F +49 32 121 478 938

[info@cicpartner.de](mailto:info@cicpartner.de)  
[www.cicpartner.de](http://www.cicpartner.de)

Geschäftsführer: Norbert Strecker  
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg  
Registernummer: HRB 148022  
Ust-IdNr.: DE288108000

